

„Einwanderungsland Deutschland“

Im öffentlichen Diskurs über das „Einwanderungsland Deutschland“ macht ein neues Wort die Runde: *Migrationshintergrund*. Laut einem Online-Kommentar zum Sozialgesetzbuch sind „Jugendliche mit Migrationshintergrund eine der wichtigsten Zukunftsherausforderungen der Jugendhilfe“, und ein Migrationsforscher stellte 2004 fest: „Die Aggressivität von unzureichend integrierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund wächst [...] dramatisch an.“ Der breiten Öffentlichkeit wurden diese Probleme schlagartig im März 2006 bewusst, als ein Brief der Lehrer der – hauptsächlich von arabisch- und türkischstämmigen Migrantenkindern besuchten – Berlin-Neuköllner Rütli-Hauptschule an die Schulbehörde bekannt wurde, in dem es heißt: „Wir müssen feststellen, dass die Stimmung in einigen Klassen zurzeit geprägt ist von Aggressivität [...].“

Einige Kollegen gehen nur noch mit dem Handy in bestimmte Klassen, damit sie über Funk Hilfe holen können.“

Der Begriff „Migration“ – der aus der Biologie stammt und dort die Wanderung einer Tierpopulation in das Gebiet einer anderen, artgleichen bezeichnet, zum Beispiel Zugvögel – dient in den Sozialwissenschaften als Oberbegriff für grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen verschiedenster Menschengruppen: Asylanten, Aussiedler, Einwanderer, Flüchtlinge, Gastarbeiter, Saisonarbeiter und so weiter. Wie viele solcher Migranten gibt es in Deutschland? Geht man davon aus, dass ein Migrant normalerweise im Ausland geboren wurde, dann bietet der Anteil der im Ausland Geborenen an der Gesamtbevölkerung einen Annäherungswert. In Deutschland sind vermutlich knapp zehn Prozent der 82 Millionen Einwohner im Ausland geboren. Zum Vergleich: In den USA, wo bei der

Volkszählung das Geburtsland erhoben wird, beträgt die *foreign-born population* 11,5 Prozent.

Zählt man auch die im Inland geborenen Kinder von Migranten zur Migrationsbevölkerung, dann haben in Deutschland etwa fünfzehn Prozent der Einwohner, also jeder sechste bis siebte, einen „Migrationshintergrund“. Dieser Wert variiert allerdings stark nach Alter und Wohnort: Zum Beispiel ist in der Grundschule heute durchschnittlich jedes fünfte Kind ein Migrantenkind, und in den Großstädten gibt es Viertel und Schulen mit einer Migrantenmehrheit.

Warum kommt nun gerade jetzt das Neuwort „Migrationshintergrund“ in den öffentlichen Diskurs? Dafür gibt es sachliche Gründe und politische. Sachlich erweist sich das Begriffspaar „Deutscher“ versus „Ausländer“, mit dem die Debatte um das „Einwanderungsland Deutschland“ jahrzehntelang bestritten wurde, als ungeeignet, die soziale Wirklichkeit zu

beschreiben. Einerseits werden seit Mitte der neunziger Jahre jährlich zwischen sechzig- und einhundertachtzigtausend Ausländer durch Einbürgerung zu Deutschen, das entspricht durchschnittlich einem Sechstel eines Geburtenjahrganges.

Andererseits haben die rund zwei Millionen aus der Europäischen Union stammenden Ausländer als „EU-Inländer“ einen Rechtsstatus, der – mit Ausnahme des Wahlrechtes – dem der Deutschen praktisch gleichkommt. Die ideologische Diskussion um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes und um ein Einwanderungsgesetz verdeckte diese Sachlage. Nachdem das neue Staatsangehörigkeitsrecht am 1. Januar 2000 in Kraft getreten war und fünf Jahre später, am 1. Januar 2005, das Zuwanderungsgesetz (genauer: „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“), konnte der Blick sich auf die Wirklichkeit richten, und man stellte überrascht fest: Es gibt „Ausländer“, hauptsächlich EU-Inländer, die sozial voll integriert sind, aber überhaupt kein Interesse zeigen, durch Wechsel der Staatsangehörigkeit „Deutsche“ zu werden. Und es gibt „Deutsche“, die kein Verhältnis zur deutschen Gesellschaft

haben oder gar – wie im Falle des „Deutschen Khaled El-Masri“ (*Süd-deutsche Zeitung*) und ähnlicher Islamisten – diese bekämpfen. Wie soll man derart verschiedene Personengruppen sprachlich auf einen Nenner bringen? Hier bietet sich der sozialtechnische Begriff „Migration“ an und davon abgeleitet: „Migrationshintergrund“ – der allerdings ungeeignet ist für den plakativ-politischen Sprachgebrauch, wo man weiter von „Ausländern“ redet. So wurde wegen der Vorgänge an der mehrheitlich von deutschen Staatsangehörigen besuchten Rütli-Hauptschule „eine neue Ausländerpolitik“ gefordert und für „Ausländerkinder“, die in der Regel in Deutschland geboren und deshalb nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht „Deutsche“ sind, ein sprachlicher Deutschtest im Kindergarten.

Ein Migrationshintergrund kann für den Einzelnen eine Bereicherung sein – zum Beispiel wenn Kinder aus binationalen Ehen „spielend“ zwei Sprachen erlernen –, aber auch zum Problem werden, wie die PISA-Studie zeigt, nach der Migrantenkinder deutlich schlechtere Schulleistungen zeigen als herkunftsdeutsche. Ausschlaggebend ist aber nicht der Migrations-

hintergrund an sich – zum Beispiel haben griechischstämmige Kinder den gleichen Schulerfolg wie deutsche –, sondern seine landes- und kulturspezifische Ausprägung. Tendenziell scheint Deutschland mehr Migranten zu haben, die Probleme machen, als solche, die Probleme lösen, weshalb diese Gruppe in Politik und Medien oft zu einer benachteiligten, ja diskriminierten „Minderheit“ wird, gegenüber der die deutsche „Mehrheitsgesellschaft“ sozialpflichtig sein soll.

Könnte man statt „Migrationshintergrund“ nicht einfacher und verständlicher sagen: „Einwanderungshintergrund“? Man könnte, aber damit würde die politisch beliebte Formel vom „Einwanderungsland Deutschland“ beschädigt. Wenn „Jugendliche mit Einwanderungshintergrund“ zum wichtigsten Problem der Jugendhilfe werden, dann stellt sich den Bürgern notwendigerweise die Frage, wer für diese „Einwanderung“ politisch verantwortlich ist. Beim Begriff „Migration“ stellt sich diese Frage weniger; denn hier wird aus der Einwanderung praktisch ein Naturereignis, das sich in „Migrationsströmen“ über das Land ergießt und mit dessen Folgen die Einheimischen eben fertig werden müssen.